

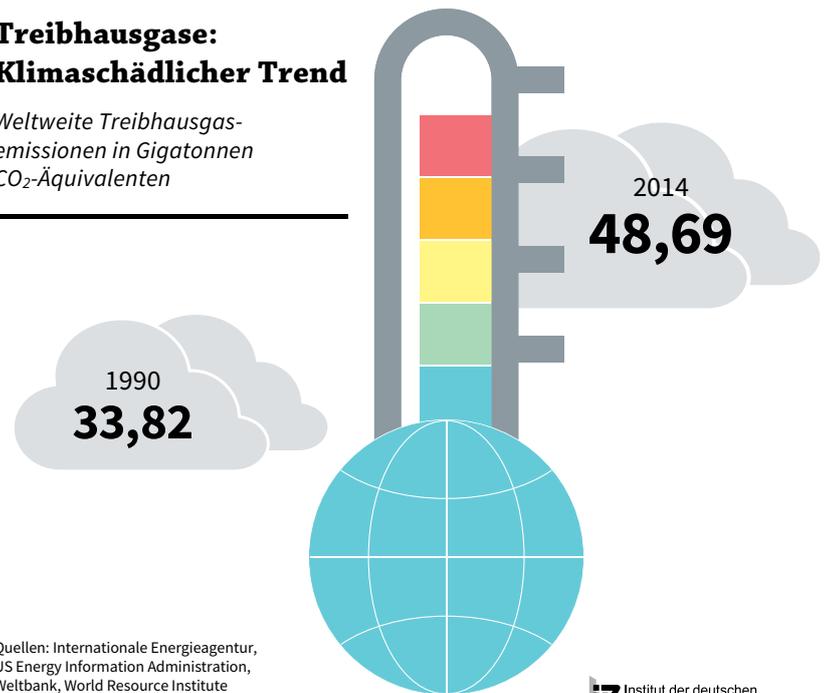
Heiße Tage in Bonn

Klimapolitik. Bis zum 17. November ringen die Teilnehmer der UN-Klimakonferenz in Bonn darum, wie die globale Erwärmung auf 2 Grad Celsius begrenzt werden kann. Dafür müssen sie sich unter anderem auf konkrete Verfahren zur Messung von Treibhausgasemissionen verständigen (Seiten 2-3). Der Druck zu handeln ist groß, denn vor allem in aufstrebenden Ländern wie China und Indien sind die CO₂-Emissionen zuletzt weiter gestiegen. Europa hat den Ausstoß dagegen leicht reduziert (Seiten 4-5). Der Umweltökonom Jürgen Hacker bescheinigt der EU im Interview zudem, mit ihrem Emissionsrechtehandel ein System etabliert zu haben, das den Ausstoß von Treibhausgasen effektiv begrenzt und zugleich die volkswirtschaftlichen Kosten minimiert (Seiten 6-7).

→ [Seiten 2-7](#)

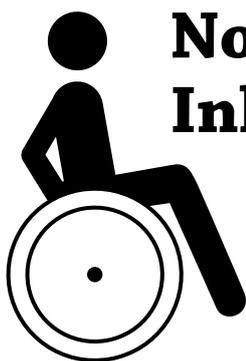
Treibhausgase: Klimaschädlicher Trend

Weltweite Treibhausgasemissionen in Gigatonnen CO₂-Äquivalenten



Quellen: Internationale Energieagentur, US Energy Information Administration, Weltbank, World Resource Institute
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Noch mehr Inklusion

Arbeitsmarkt. Um mehr als 250.000 ist die Zahl der schwerbehinderten Beschäftigten in Deutschland seit 2005 gestiegen. Viele Unternehmen legen sich für die Integration von Behinderten ins Zeug. Dennoch müssen Staat und Wirtschaft noch engagierter handeln, um die Arbeitslosigkeit erwerbsfähiger Schwerbehinderter abzubauen.

→ [Seite 9](#)

Das Parkett aufpolieren

Unternehmensfinanzierung. Seit 1991 haben unter dem Strich viele Firmen in Deutschland der Börse den Rücken gekehrt. Die Politik unternimmt erste Schritte, um das Parkett für potenzielle Aktiengesellschaften attraktiver zu machen. Es braucht aber auch Reformen, die das Engagement von Investoren wie Banken und privaten Haushalten an den Börsen wieder steigern.

→ [Seiten 10-11](#)

Börse ade

Zahl der börsennotierten Unternehmen im Jahr 2016, 1991 = 100



Ursprungsdaten: Deutsche Börse, Weltbank
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Worthülsen mit Inhalt füllen

Klimapolitik. Vom 6. bis zum 17. November schaut die Welt gebannt auf Bonn. Denn auf der 23. UN-Klimakonferenz geht es darum, die bislang überwiegend vagen Worthülsen des Pariser Klimaabkommens mit konkreten Regelungen zu füllen. Je schneller dies gelingt, desto früher können Klimaschutzverpflichtungen verhandelt werden. Die Zeit drängt, denn ohne rasche und drastische Emissionsreduktionen kann die globale Erwärmung nicht auf 2 Grad Celsius begrenzt werden.

Rund 25.000 Teilnehmer haben sich angemeldet. Es wird die größte zwischenstaatliche Konferenz, die je in Deutschland stattgefunden hat. Und es geht offenbar ums Ganze: „Wenn wir jetzt nichts gegen den Klimawandel unternehmen, werden wir in 50 Jahren getoastet, geröstet und gegrillt“, warnte die Chefin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, vor ein paar Tagen in Saudi-Arabien.

Immerhin: Auf der vorangegangenen Klimakonferenz in Paris hat sich die Weltgemeinschaft 2015 auf die großen Linien der internationalen Klimapolitik geeinigt. So wurde zum Beispiel die bis dahin praktizierte Einteilung in sogenannte Entwicklungsländer und entwickelte Länder aufgehoben. Weil anhand dieser Definition früher auch festgelegt wurde, welche Länder von Klimaschutzverpflichtungen ausgenommen waren – nämlich die Entwicklungsländer – und welche die Lasten zu tragen hatten – die entwickelten Länder –, hatten sich die Klimaverhandlung festgefahren.

Seit Paris ist klar, dass sich grundsätzlich alle am Klimaschutz beteiligen müssen. Jedes Land ist nun verpflichtet, seine Klimaschutz-

Internationale Klimapolitik – die wichtigsten Ereignisse

- **1992:** Infolge des Erdgipfels in Rio de Janeiro wird die Gründung der UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change) beschlossen. Die teilnehmenden Staaten treffen sich seitdem jährlich zu einer Klimakonferenz.
- **1997:** Auf der Klimakonferenz in Kyoto wird der erste internationale Klimavertrag geschlossen. Allerdings beschränken sich die Verpflichtungen auf Industriestaaten, Entwicklungsländer sind davon ausgenommen.
- **2009:** In Kopenhagen soll ein umfassender Nachfolgevertrag zustande kommen. Die Verhandlungen scheitern aber ohne nennenswerte Ergebnisse.
- **2015:** In Paris gibt es bei der 21. Internationalen Klimakonferenz einen Durchbruch – einen umfassenden Klimavertrag mit Verpflichtungen für alle Länder. Der Haken: Die Zusagen sind freiwillig, das Abkommen sieht keine Sanktionsmöglichkeiten vor.

anstrengungen öffentlich zu machen. In regelmäßigen Abständen soll zudem überprüft werden, wie weit die Weltgemeinschaft vom 2-Grad-Ziel noch entfernt ist. Zudem sind die einzelnen Länder aufgefordert, im gleichen Turnus ihre Klimaschutzanstrengungen zu erhöhen. Der Haken dabei ist:

Wie ambitioniert ein Land den Klimaschutz betreibt, wurde den Ländern auf der Klimakonferenz in Paris freigestellt.

Im Gegensatz zu diesen grundlegenden politischen Festlegungen geht es in Bonn darum, die Vielzahl

von Worthülsen des Paris-Abkommens mit konkreten Inhalten zu füllen. Zwei wichtige Punkte sind:

- **Emissionen.** Auf der Klimakonferenz in Bonn soll festgelegt werden, wie die Treibhausgasemissionen in den einzelnen Ländern konkret gemessen und an die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC: United Nations Framework Convention on Climate Change) übermittelt werden. Denn jene Messmethoden, die in den Industrieländern bereits etabliert sind, könnten weniger entwickelte Länder leicht überfordern.

• **Finanzierung.** Zu klären ist auch, welche Staaten wie viel in den 2010 gegründeten „Green Climate Fund“ einzahlen und wofür dieses Geld ausgegeben wird.

Das Klimaabkommen von Paris war in erster Linie ein diplomatischer Erfolg, der das Vertrauen in den von der UN organisierten Verhandlungsprozess wiederhergestellt hat. Wäre Paris ein ebensolches Desaster geworden wie Kopenhagen im Jahr 2009 (siehe Kasten Seite 2), hätte das wahrscheinlich dazu geführt, dass die internationale Klimapolitik zum Beispiel auf die Ebene der G-20-Staaten verlagert worden wäre.

Seither allerdings gab es Wechsel bei einigen Hauptakteuren und die politischen Rahmenbedingungen für die Klimaverhandlungen haben sich verändert. Während der Pariser Vertrag noch vom damaligen US-Präsident Barack Obama mit größter Dringlichkeit per Dekret am US-Senat „vorberatifiziert“ wurde, hat Präsident Donald Trump im August 2017 angekündigt, dass die USA aus dem Klimaabkommen austreten werden. Auf der anderen Seite hat sich China – in Kopenhagen 2009 noch einer der größten Bremsen internationaler Klimaschutzambitionen – inzwischen zusammen mit der EU und Kanada als Vorkämpfer für den Klimaschutz positioniert.

Nun ist einerseits offen, ob Trump tatsächlich gegen den weltweit großen politischen Widerstand aus dem Paris-Abkommen austritt. Andererseits bleibt abzuwarten, ob China, die EU und Kanada genügend politischen Willen und Überzeugungskraft haben, um die Weltgemeinschaft zu ambitionierteren Treibhausgasreduktionen als bisher zu bringen.

Sicher ist dagegen, dass schärfere Reduktionsziele, entsprechende wirtschaftspolitische Instrumente und messbare Reduktionserfolge

bitter notwendig sind. Warum, zeigt der Blick auf die Fakten (Grafik):

Die globalen Treibhausgasemissionen steigen weiter an und betragen im Jahr 2014 rund 49 Gigatonnen. Um das 2-Grad-Ziel zu erreichen, müsste der weltweite Ausstoß aber bis 2050 auf 13 bis maximal 18 Gigatonnen reduziert werden.

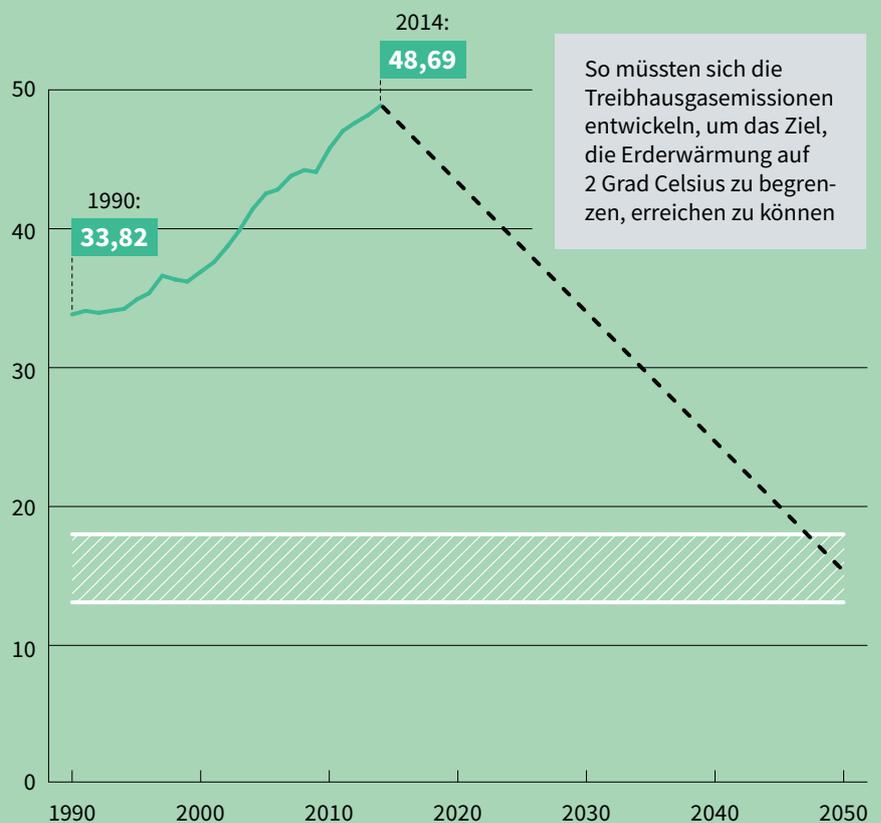
Ob das gelingen kann, ist angesichts der aktuellen Entwicklung infrage zu stellen. Zwar haben es die Industrieländer geschafft, ihre Emissionen entweder leicht zu reduzieren – wie die EU – oder zumindest deren Wachstum einzudämmen – wie die USA und Japan. Dabei „profitierten“ sie von der Wirtschaftskrise, welche den Energieverbrauch und damit die Emissionen sinken ließ. Aber vor allem

in den Schwellenländern China und Indien steigen die Emissionen, getrieben vom Wirtschaftswachstum, weiter rapide an. Damit werden die Anstrengungen der Industrieländer zunichtegemacht (siehe Grafiken auf den Seiten 4-5).

Genau aus diesem Grund ist zu bezweifeln, dass das Paris-Abkommen in seiner jetzigen Form für einzelne Länder genügend Anreize bietet, sich mehr als bisher für den Klimaschutz zu engagieren – denn das Abkommen ist nicht nur freiwillig, sondern es sieht, außer einer diplomatischen Rüge, auch keinerlei Sanktionen vor. Immerhin: Viele Staaten haben sich in den vergangenen Jahren selbst Klimaziele auferlegt. Das allein reicht aber nicht.

Emissionsausstoß: Höchste Zeit für die Kehrtwende

Weltweite Treibhausgasemissionen in Gigatonnen CO₂-Äquivalenten



So müssten sich die Treibhausgasemissionen entwickeln, um das Ziel, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen, erreichen zu können

Quellen: Internationale Energieagentur, US Energy Information Administration, Weltbank, World Resource Institute
© 2017 IW Medien / iwd

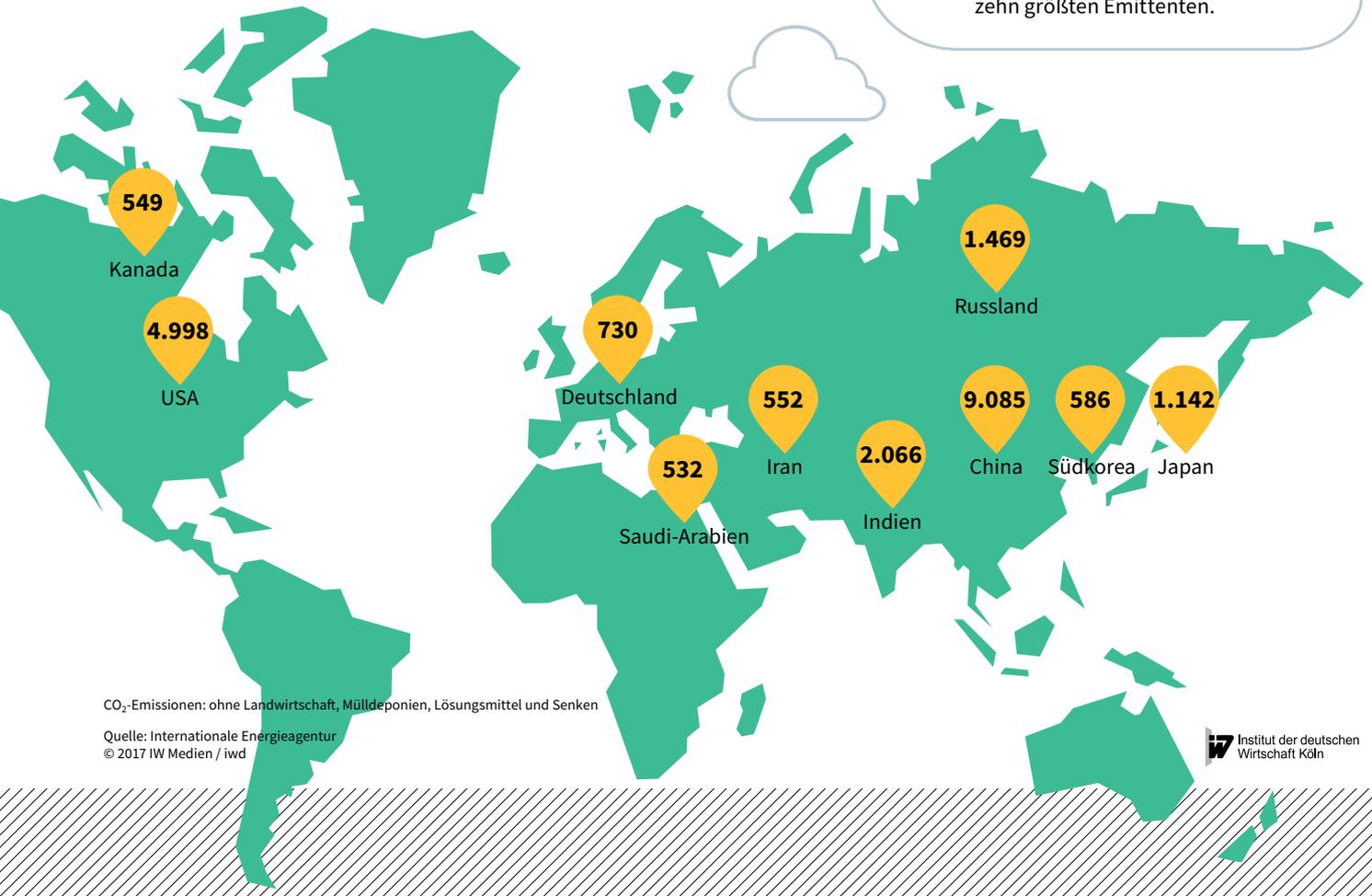
iwd Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die CO₂-Welt

CO₂-Emissionen: Die Top 10

CO₂-Emissionen 2015 in Millionen Tonnen

Im Jahr 2015 wurden weltweit rund 32.300 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) ausgestoßen – davon entfielen mehr als zwei Drittel auf die zehn größten Emittenten.



CO₂-Emissionen: ohne Landwirtschaft, Mülldeponien, Lösungsmittel und Senken

Quelle: Internationale Energieagentur
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Der Anteil des Pkw-Verkehrs an den CO₂-Emissionen des Transportsektors schrumpft kontinuierlich. Die größten Zuwächse verzeichnet der internationale Luftverkehr.

CO₂-Emissionen in der EU: Der Transportsektor

CO₂-Emissionen des Transportsektors 2015 in der EU-28 in Prozent

	1990	2015
Pkws	47,7	44,5
Nutzfahrzeuge	26,2	27,5
Internationale Luftfahrt	7,2	12,0
Internationale Seefahrt	11,3	11,4
Binnenschifffahrt	2,6	1,4
Zivile Luftfahrt national	1,5	1,3
Bahnverkehr	1,4	0,5
Sonstige	1,8	1,4

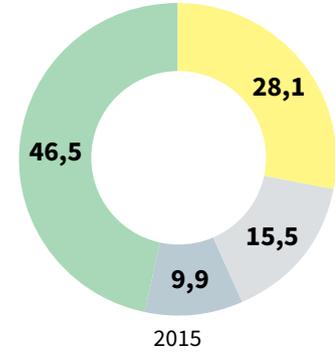
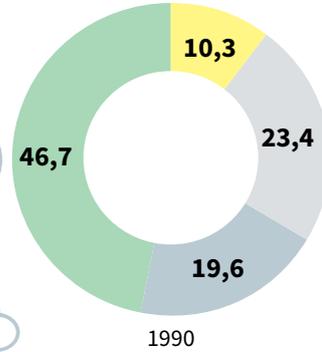
Quelle: Europäische Umweltagentur
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

CO₂-Emissionen: Europa spart am meisten

Anteile an den weltweiten CO₂-Emissionen in Prozent

■ China ■ USA ■ EU ■ Rest der Welt



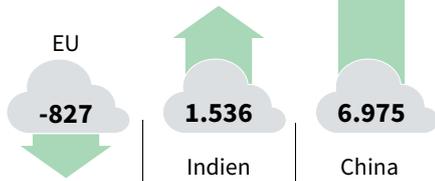
Vor allem in Asien nehmen die CO₂-Emissionen schnell zu, wobei Japan als Emittent an Bedeutung verliert.

Quelle: Internationale Energieagentur
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

CO₂-Emissionen: Asien legt kräftig zu

Veränderung der CO₂-Emissionen von 1990 bis 2015 in Millionen Tonnen



Quelle: Internationale Energieagentur
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Während China seine CO₂-Emissionen seit 1990 um 331 Prozent erhöht hat, konnte die EU ihre Emissionen um fast 21 Prozent reduzieren.

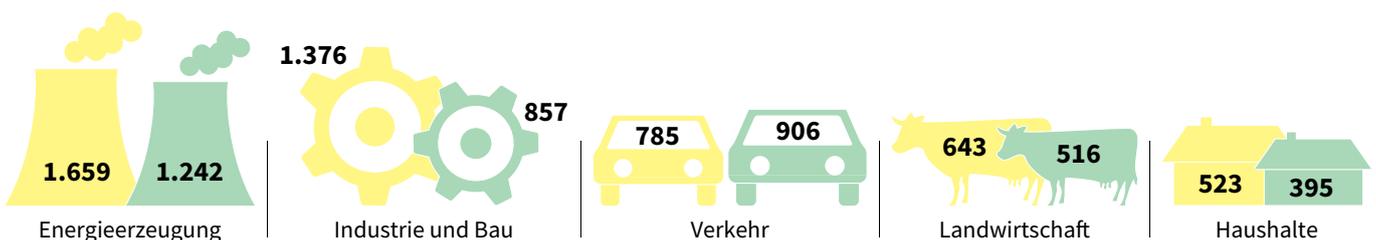
Im Jahr 2015 kam das Emissionswachstum in China fast zum Stillstand. Indien hingegen steigerte seine Emissionen um fast 50 Millionen Tonnen.

CO₂-Emissionen in der EU: Wer verursacht wie viel?

CO₂-Emissionen in der EU-28 in Millionen Tonnen

	1990	2015
Sonstiges:	424	88
Insgesamt:	5.410	4.004

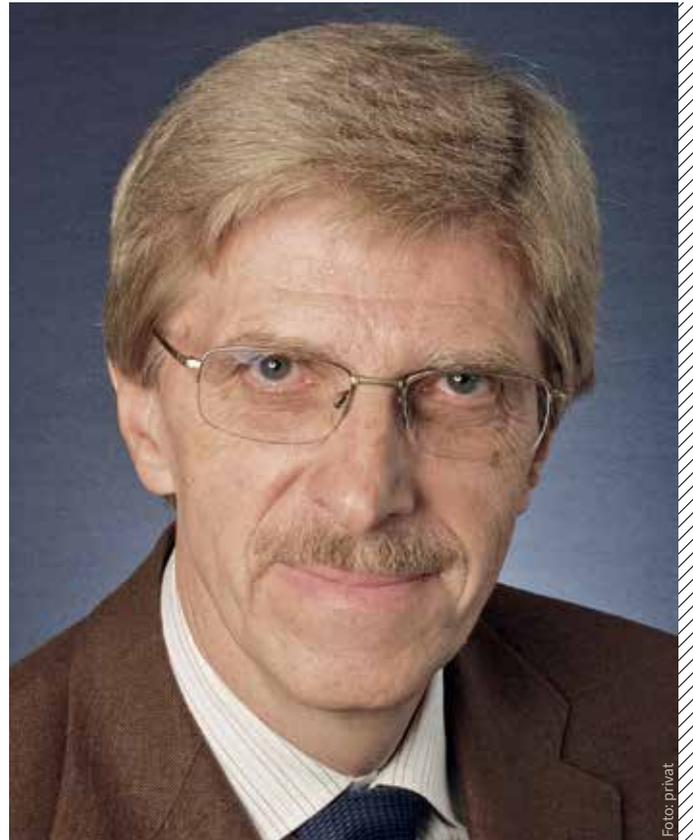
Von 1990 bis 2007 stiegen die Emissionen des Verkehrssektors in der EU zunächst auf 987 Millionen Tonnen an – Grund war die Integration Osteuropas in den europäischen Wirtschaftsraum. Nach 2007 sind die Emissionen des Verkehrs dann wieder gefallen.



Quelle: Europäische Umweltagentur
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Interview. Immer wieder wird das Emissionshandelssystem der EU dafür kritisiert, das Klima nicht ausreichend zu schützen. Doch trotz einiger Unzulänglichkeiten ist es für den Umweltökonom **Jürgen Hacker** der beste Weg, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Im iwd-Interview erklärt der Vorsitzende des Bundesverbands Emissionshandel und Klimaschutz (bvek), wie sich der Zertifikatehandel noch optimieren ließe.



„Nationale Alleingänge sind in der Klimapolitik kontraproduktiv“

Der Emissionshandel ist ein marktwirtschaftliches Instrument, mit dem das Klima geschützt werden soll. Wo hat das Konzept seinen Ursprung?

Die Umweltökonomie plädiert seit vielen Jahrzehnten für handelbare Nutzungsrechte, weil sie das beste Instrument zur Lösung von Umweltproblemen sind.

Wie funktioniert der Emissionshandel?

Der Staat verpflichtet Treibhausgasemittenten, entsprechend ihren Emissionen jährlich Emissionsrechte abzugeben. Diese Emissionen werden öffentlich überwacht, genau festgestellt und nach unabhängiger Überprüfung an die zuständigen Behörden berichtet. Wer nicht rechtzeitig eine entsprechende Menge an Zertifikaten abgibt, muss hohe Strafen zahlen. Der Staat legt ferner die Gesamtmenge an Emissionsrechten für einen längeren Zeitraum rechtlich verbindlich fest, die jährlich allen Emittenten gemeinsam zur Verfügung gestellt werden. Da so die Emittenten insgesamt nicht mehr emittieren können, als ihnen Rechte zur Verfügung

gestellt werden, bestimmt der Staat dadurch die Klimaschutzleistung des Systems für die jeweilige Verpflichtungsperiode – und zwar ausschließlich dadurch!

Wie kommt ein Industrieunternehmen an ein Emissionszertifikat?

Die Rechte werden vorzugsweise durch öffentliche Versteigerungen in den Verkehr gebracht, sind frei handelbar und zeitlich unbegrenzt gültig. Nur zu Beginn des Emissionshandels ist eine teilweise kostenlose Zuteilung der Rechte an die Emittenten vertretbar. Ansonsten bildet sich in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage ein Marktpreis für die Emissionsrechte – entweder auf dem Primärmarkt, wo die Versteigerungen stattfinden, oder auf den Sekundärmärkten, wo der bilaterale Handel unter den Unternehmen stattfindet.

Und wie kommt der Preis für ein Emissionsrecht zustande?

Da das Angebot an Emissionszertifikaten rechtlich verbindlich festgelegt wird, kann sich der Preis nur durch

Nachfrageschwankungen ändern, im Wesentlichen bedingt durch Wetter und Konjunktur. Dadurch wird ein marktwirtschaftlicher Suchprozess unter den Emittenten nach ihren individuellen Vermeidungskosten ausgelöst. Wer niedrigere Vermeidungskosten als den Marktpreis hat, wird seine Emissionen bis zum Marktpreis vermeiden, wer höhere Vermeidungskosten hat, wird richtigerweise seine Emissionen nicht vermeiden, sondern Emissionsrechte kaufen. Wenn sich alle Emittenten rational verhalten, werden die Emissionsvermeidungskosten insgesamt und damit die volkswirtschaftlichen Wohlstandsverluste für den notwendigen Klimaschutz minimiert.

Der jeweilige Marktpreis der Rechte sagt also nichts über die Klimaschutzleistung des Systems aus. Das Ausmaß an Klimaschutz wird ausschließlich durch die staatliche Festlegung der Gesamtmenge an Emissionsrechten bestimmt.

Ist der Emissionshandel – Stand heute – ein Erfolgsmodell?

Ja, das EU-System der handelbaren Emissionsrechte, kurz EU-ETS, ist ein Erfolgsmodell, denn es erfüllt seine gestellten Aufgaben vollständig: Die Emissionen wurden sicher auf das politisch vorgegebene Niveau begrenzt und zugleich wurden die dafür erforderlichen volkswirtschaftlichen Kosten, also die Wohlstandsverluste, minimiert.

Gibt es auch negative Aspekte beim europäischen Emissionshandel?

Trotz Verbesserungen von Verpflichtungsperiode zu Verpflichtungsperiode ist der Handel mit Emissionsrechten immer noch mit einem unnötig hohen bürokratischen Aufwand verbunden. Außerdem umfasst er nur einen Teil der EU-Treibhausgasemissionen, sodass er seine ökologischen und ökonomischen Vorteile nicht voll zur Geltung bringen kann.

In Brüssel wurde zu Jahresbeginn eine Reform des Emissionshandels beschlossen. Was genau soll sich ändern?

Noch ist überhaupt nichts beschlossen worden. Zunächst einmal haben das EU-Parlament und der EU-Ministerrat Positionen zum Vorschlag der EU-Kommission festgelegt, über die derzeit noch verhandelt wird. Tendenziell soll in der Verpflichtungsperiode von 2021 bis 2030 die Menge an Emissionsrechten weiter abgesenkt und die Zuteilung von kostenlosen Emissionsrechten reduziert werden. Über Art und Umfang dieser Maßnahmen gibt es allerdings sehr unterschiedliche Positionen. Strittig ist ferner, was die EU-Staaten mit den Erlösen aus den Versteigerungen der Emissionsrechte machen dürfen.

Ist die EU-Ebene überhaupt relevant genug, um in puncto Klima etwas zu verändern? Müsste es nicht global einheitliche Systeme geben?

Sicher kann langfristig nur ein globales System handelbarer Emissionsrechte den notwendigen globalen Klimaschutz erreichen und sicherstellen. Aber als Zwischenschritt ist zunächst einmal eine gemeinsame EU-Klimaschutzpolitik nötig, die alle Emissionen in das ETS einbezieht. Diese kann dann mit anderen nationalen oder regionalen Emissionshandelssystemen verlinkt werden. Nationale Alleingänge von EU-Staaten, wie er etwa von Deutschland mit seinem „Klimaschutzplan“ praktiziert wird, sind kontraproduktiv.

Welche Rolle spielen die USA und China derzeit beim Klimaschutz? Worauf müssen wir uns in Europa in den kommenden Jahren einstellen?

China will Ende 2017 seine Absicht zur Errichtung eines eigenen nationalen Emissionshandelssystems bekanntgeben. Wie ambitioniert und effektiv dieses System sein wird, bleibt abzuwarten. Die USA unter Trump werden nicht hilfreich sein, aber auch an der weiteren Entwicklung keinen großen Schaden anrichten können.

Gibt es Alternativen zum Emissionshandel, die ebenfalls den CO₂-Ausstoß der Unternehmen erfolgreich begrenzen würden?

Es gibt immer Alternativen. Allerdings sind die Alternativen zu einem System handelbarer Emissionsrechte mehr oder weniger schlechtere Lösungen. Hinzu kommt, dass es keineswegs nur um die Emissionen der Unternehmen geht, sondern um alle Treibhausgasemissionen. Auch die der Unternehmen werden übrigens letztlich durch die Kaufentscheidungen der Verbraucher verursacht.

Wenn der Emissionshandel die beste Lösung für den Klimaschutz ist, wie müsste das ideale ETS aussehen?

Erstens müsste der europäische Emissionshandel auf alle Treibhausgase und volkswirtschaftliche Sektoren ausgeweitet werden, wobei ich kurzfristig die CO₂-Emissionen des Verkehrs- und des Wärmesektors dazunehmen würde. Zweitens sollten alle Emissionsrechte vollständig versteigert werden und ein Grenzausgleichssystem zur wesentlich effizienteren Verhinderung des Carbon-Leakage-Risikos, also der Firmenverlagerung in Länder außerhalb Europas, eingeführt werden. Drittens sollten die Erlöse aus den Versteigerungen an jeden einzelnen EU-Bürger ausgeschüttet werden und viertens müsste es eine Verlinkung des europäischen Systems mit anderen in etwa gleichwertigen nationalen oder auch regionalen Emissionshandelssystemen geben.

Bare Liebe

Zahlungsverhalten. Die Bundesbürger bezahlen ihre Einkäufe viel seltener mit EC- oder Kreditkarte als die meisten anderen Bürger der Europäischen Union. Das liegt zum Teil daran, dass sie häufig gar nicht elektronisch abrechnen wollen – manchmal aber auch daran, dass sie es nicht können.

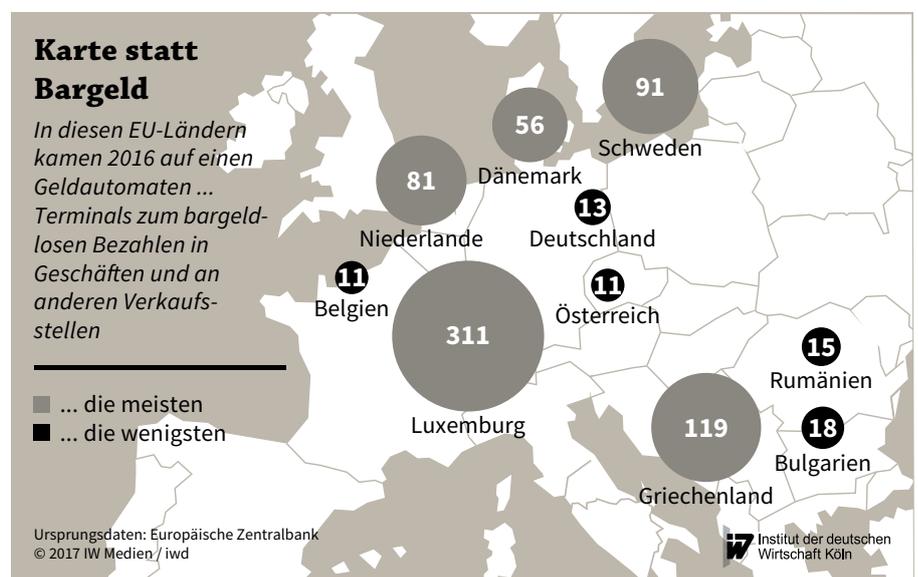
Einst sei Deutschland Vorreiter bei Innovationen im Zahlungsverkehr gewesen, drohe nun aber den Anschluss zu verlieren. So kritisierte unlängst die Unternehmensberatung Boston Consulting Group in einem Gutachten die Zurückhaltung der Bundesbürger beim elektronischen Bezahlen. Dabei gehört diesem die Zukunft, glaubt beispielsweise Deutsche-Bank-Vorstandschef John Cryan. Er spekulierte beim Davoser Weltwirtschaftsforum 2016, in zehn Jahren werde es wohl kein Bargeld mehr geben, weil es einfach „schrecklich ineffizient“ sei.

Doch die Bargeldgegner bohren bei den Bundesbürgern ein dickes Brett. Noch im Jahr 2014 wechselten hierzulande bei acht von zehn Bezahlvorgängen Münzen und Scheine den Besitzer. Kaum irgendwo in Europa wird so selten die Karte gezückt wie in Deutschland:

Im Jahr 2016 bezahlte jeder Deutsche im Schnitt 49-mal mit Giro- oder Kreditkarte – Dänen und Schweden dagegen kauften mehr als 300-mal mit Plastikgeld ein.

Mehr als 200-mal pro Jahr bedienen Finnen, Briten, Niederländer, Esten und Luxemburger ein Bezahlterminal. Noch seltener als die Bundesbürger verzichten lediglich Bulgaren, Rumänen, Griechen und Italiener aufs Bargeld.

Die unterschiedlichen nationalen Vorlieben hängen auch damit



zusammen, wie verbreitet einerseits Geldautomaten sind – und wie es andererseits um die Dichte von Verkaufsstellen bestellt ist, die das bargeldlose Bezahlen anbieten (Grafik):

Während in Deutschland 2016 auf einen Bankautomaten lediglich 13 Terminals für bargeldloses Bezahlen in Geschäften kamen, waren es in Schweden 91 – und in Luxemburg sogar 311.

In vielen Ländern verhält sich beides spiegelbildlich: Wo es wenige Geldautomaten gibt, kann man fast überall mit Karte zahlen – so etwa in Skandinavien. Hierzulande ist es dagegen umgekehrt: Gut 1.000 Bankautomaten je 1 Million Einwohner sind im europäischen Vergleich eher viel, knapp 14.000 Verkaufsstel-

len mit Bezahlterminal dagegen recht wenig.

Welches Zahlungsmittel die Deutschen im konkreten Fall nutzen, machen die meisten davon abhängig, wie viel Bargeld sie gerade griffbereit haben und wie hoch der zu begleichende Betrag ist, so das Ergebnis einer Befragung der Bundesbank aus dem Jahr 2014.

Dass elektronische Bezahlformen trotz allem aber auch in Deutschland Boden gutmachen, hat indes einen anderen Grund: das Internet. Beim immer intensiver genutzten Online-shopping kommt Barzahlen schließlich nicht infrage. Mit einem Anteil von 41 Prozent am Umsatz dominieren hier allerdings spezielle Internet-bezahlverfahren wie zum Beispiel PayPal.

Schwerbehinderte noch besser integrieren

Arbeitsmarkt. Durch integrative Maßnahmen fanden in den vergangenen Jahren Menschen mit einer Schwerbehinderung in Deutschland häufiger einen Job. Doch viele Erwerbsfähige dieser Gruppe konnten bislang auf dem Arbeitsmarkt nicht vermittelt werden. Das gilt es zu ändern.

Inklusion ist nicht nur im Bildungssektor ein wichtiges Thema, sondern auch in der Arbeitswelt. Bereits 2001 schuf die damalige Bundesregierung dafür die gesetzliche Grundlage: Jedes Unternehmen in Deutschland mit mindestens 20 Mitarbeitern muss 5 Prozent seiner Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen besetzen. Doch nicht nur die Politik strebt nach Chancengleichheit, auch immer mehr Betriebe sind an einer gelungenen Integration interessiert. Denn in Zeiten des Fachkräftemangels können Schwerbehinderte dazu beitragen, diesen Effekt abzuschwächen, und für die Unternehmen wichtige Mitarbeiter werden.

Die Gruppe der Menschen mit Schwerbehinderung in Deutschland ist nicht klein, etwa 7,6 Millionen Bürger sind als schwerbehindert eingestuft – das entspricht mehr als 9 Prozent der Bevölkerung. Als schwerbehindert gilt, wer einen Grad der Behinderung von 50 bis 100 hat. Festgelegt wird dieser Grad von den Versorgungsämtern.

Etwa 3,3 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter hatten 2015 einen Schwerbehindertenausweis. Immer häufiger finden sie auch einen Job (Grafik):

Von 2005 bis 2015 wuchs die Zahl der schwerbehinderten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland um mehr als 250.000 auf gut eine Million.

Das Verarbeitende Gewerbe bietet die meisten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze – rund 257.000 Schwerbehinderte arbeiten hier. Ebenfalls stark vertreten sind der öffentliche Dienst und der Gesundheitssektor mit 212.000 bzw. 141.000 Mitarbeitern.

Trotz der positiven Entwicklung stagniert die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen.

Zwischen 2005 und 2015 lag sie durchgehend zwischen 170.000 und 180.000. Im Jahr 2015 betrug die Arbeitslosenquote in der Gruppe der Schwerbehinderten 14,8 Prozent.

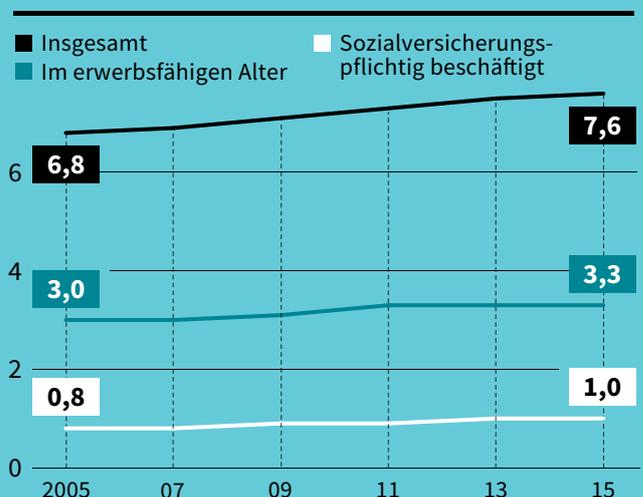
In Städten und Ballungszentren sind die Chancen für Schwerbehinderte auf eine Festanstellung durch ein

breites Angebot an Beschäftigungs- und Förderprogrammen sowie eine gute Infrastruktur höher als auf dem Land. Besonders engagiert, Behinderte zu integrieren, sind die Automobilkonzerne. Das führt dazu, dass die Arbeitslosenquote von Schwerbehinderten in zwei Autostädten – Wolfsburg und Ingolstadt – am niedrigsten ist. Aber auch kleinere Städte zeigen, wie Integration gelingen kann: In der Region Bamberg beispielsweise wurde auf Initiative ortsansässiger Unternehmer die Kampagne „Integra Mensch. Bamberg bewegt“ gestartet. In einer sozialraumorientierten Werkstatt unterstützen Mitarbeiter Menschen mit Behinderung.

Trotz aller Positivbeispiele: Es gibt weiterhin viele arbeitslose Schwerbehinderte. Um auch sie zu integrieren, müssen Bund, Länder, Kommunen und Unternehmen ihre Bemühungen intensivieren.

Eine Million Schwerbehinderte haben einen Job

Menschen mit Schwerbehinderung in Deutschland in Millionen



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, IW Consult
© 2017 IW Medien / iwd

iwd Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Aktien müssen attraktiver werden

Unternehmensfinanzierung. Die Zahl der börsennotierten Unternehmen in Deutschland ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken – und die Investoren stecken ihr Geld lieber in andere Beteiligungsformen. Doch mit gezielten Maßnahmen ließe sich die Attraktivität der Börse wieder steigern.

Zwei deutsche Börsengänge im Oktober haben die Anleger offenbar elektrisiert: Sowohl der Batteriesystemanbieter Voltabox als auch der Batteriehersteller Varta haben einen fulminanten Start auf dem Parkett der Deutschen Börse hingelegt.

Ob dies jedoch eine Trendwende bedeutet, ist offen – auf lange Sicht kehren die Unternehmen der Börse eher den Rücken (Grafik):

Im Jahr 2016 lag die Zahl der börsennotierten Unternehmen in Deutschland um fast 38 Prozent unter dem Wert des Jahres 1991.

Ein näherer Blick auf das Börsengeschehen in Deutschland, in den USA und im Vereinigten Königreich zeigt, dass die Zahl der Börsengänge in Relation zu den bereits börsennotierten Unternehmen seit 2010 zwar wieder leicht gestiegen ist, aber noch weit unter dem Durchschnitt der 1990er Jahre liegt. Und der Anteil der Unternehmen, die von der Börsentafel verschwunden sind, übertrifft seit Mitte der 1990er Jahre deutlich die früheren Werte.

Für die Entwicklung in Deutschland spielen mehrere Ursachen eine Rolle:

- **Zu wenige Unternehmensgründungen.** Entscheidend für das Potenzial an zukünftigen Börsenneulungen ist vor allem, wie sich die Zahl der neu gegründeten Unternehmen „mit voraussichtlich größerer wirtschaftlicher Bedeutung“ entwickelt – also von Firmen, die durch die

Rechtsform der Kapitalgesellschaft, den Eintrag in die Handwerksrolle, eine Registrierung im Handelsregister oder wegen ihrer Beschäftigtenzahl zum Gründungszeitpunkt auf ein relativ hohes Wachstumspotenzial schließen lassen.

Dabei dürfte es sich zumindest zum Teil um technologieorientierte, wissensintensive Gründungen handeln, die zwar zu Beginn auf die Finanzierung durch sogenanntes Wagniskapital angewiesen sind, für die bei anhaltendem Markterfolg aber der Börsengang eine attraktive Option wäre.

Doch die Zahl dieser wirtschaftlich bedeutsamen Gründungen ist in Deutschland von knapp 176.000 im

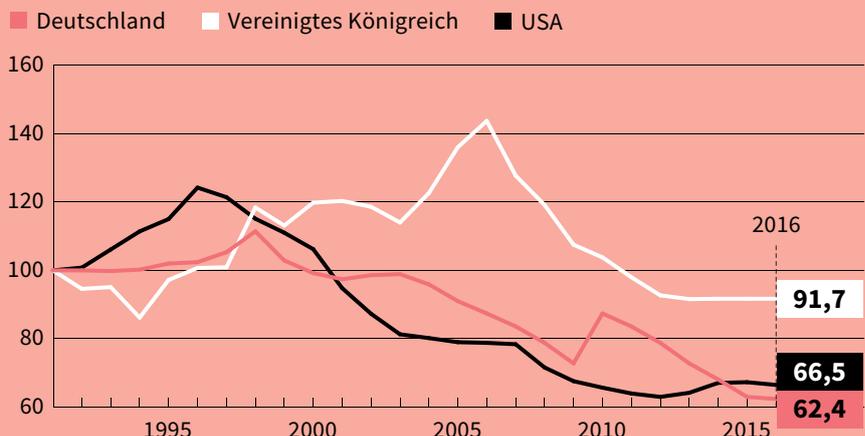
Jahr 2004 auf nur noch gut 126.000 im Jahr 2016 zurückgegangen (siehe iwd 19/2017). Folglich mangelt es der Börse an möglichem Nachwuchs.

- **Wachsende Bedeutung privater Beteiligungsgesellschaften.** Solche Private-Equity-Gesellschaften versorgen Unternehmen mit Eigenkapital. Damit die Beteiligungsgesellschaften dies leisten können, müssen sie selbst Geld von Investoren einsammeln – zum Beispiel von Banken, Versicherungen oder Pensionskassen. Und das tun sie sehr erfolgreich (Grafik Seite 11):

Beliefen sich die von den Private-Equity-Gesellschaften global eingesammelten Mittel 1996 erst auf 31 Milliarden Dollar, waren

Firmen verlassen das Parkett

Zahl der börsennotierten Unternehmen, 1991 = 100



Ursprungsdaten: Deutsche Börse, Weltbank
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

es im Jahr 2016 schon 347 Milliarden Dollar.

Im Fall Deutschlands spricht einiges dafür, dass Unternehmen, die Eigenkapital aufnehmen wollen, privates Beteiligungskapital zunehmend als Alternative zum Börsengang betrachten – zumal ein Börsengang mit erheblichen Kosten verbunden ist. Dazu zählt unter anderem die Provision für das Bankenkonsortium, das die Börseneinführung in der Regel begleitet, sowie eine eingehende Rechtsberatung. In Einzelfällen können die Kosten des Börsengangs mehr als 10 Prozent des Emissionsvolumens betragen.

• Fehlendes Investorenkapital.

Dass Unternehmen sich über eine Beteiligungsgesellschaft statt über Aktien Kapital verschaffen, kann auch an einem Mangel entsprechender Investoren an der Börse liegen. So haben die privaten Haushalte in Deutschland ihre Bestände an hierzulande notierten Aktien seit dem Platzen der New-Economy-Blase reduziert – von 11,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2000 auf zuletzt 8,7 Prozent.

Noch stärker haben Banken, Versicherungen und Investmentfonds in Deutschland ihr Engagement auf dem hiesigen Parkett zurückgefahren – die von ihnen gehaltenen Bestände an hierzulande börsennotierten Aktien verringerten sich seit 2000 von gut 36 auf 15 Prozent des BIP.

Ähnlich war der Trend bei den Unternehmen außerhalb der Finanzbranche. Im Gegenzug haben beide Investorengruppen ihre Beteiligungen jenseits der Börse kräftig aufgestockt.

Zwar sind ausländische Investoren in den vergangenen Jahren verstärkt in den deutschen Aktienmarkt eingestiegen – die Lücke, die

Kapitalstarke Beteiligungsgesellschaften

Weltweites Volumen der von Private-Equity-Gesellschaften eingesammelten Mittel in Milliarden Dollar



Ursprungsdaten: Preqin (2017)
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

inländische Akteure hinterlassen haben, konnten sie jedoch nicht gänzlich füllen.

Die Politik muss auf diese Trends reagieren – nicht nur, weil die Börse eine wichtige Finanzierungsquelle für Unternehmen und ein Seismograph der Konjunktur ist, sondern auch, weil eine breit aufgestellte Börse den Investoren die Diversifikation von Risiken erleichtert.

Bereits ins Leben gerufen wurden das neue Börsensegment Scale, das vor allem auf junge Unternehmen abzielt, und die vorbörsliche Plattform Deutsche Börse Venture Network, die die Start-up-Szene stärker mit den Kapitalgebern vernetzen soll. Im Rahmen eines runden Tisches unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums wurde zudem beschlossen, ausgewählte Wachstumsunternehmen bei der Vorbereitung und Durchführung des Börsengangs zu unterstützen. Ein erklärtes Ziel sowohl der Bundesregierung als auch der EU-Kommission ist es darüber hinaus, die Kosten der Börsennotierung zu verringern. So sollen die Auflagen für die Gestaltung des Emissionsprospekts reduziert werden.

Es gilt aber auch, das Engagement von Investoren an den Börsen wieder zu steigern. Der Rückzug von Banken und Versicherungen ist wohl eine unerwünschte Nebenwirkung der strikteren Finanzmarktregulierung, die Aktieninvestments vorwiegend als Handelstätigkeit behandelt. Bei langfristigen Investitionen sind die Risiken für institutionelle Anleger aber deutlich geringer. Dies sollte in den Regulierungsvorschriften stärker berücksichtigt werden.

Um Aktienanlagen auch für die privaten Haushalte wieder attraktiver zu machen, sollte die Anlageberatung reformiert werden. Denn der zu strenge Verbraucherschutz hat dazu geführt, dass Banken bei ihrer Beratung das Thema Aktien oft ganz außen vor lassen. Sinnvoll wäre es außerdem, die Unternehmen durch eine steuerliche Förderung stärker zur Ausgabe von Belegschaftsaktien zu bewegen.

Aus IW-Trends 3/2017

Markus Demary, Klaus-Heiner Röhl:
Unternehmensfinanzierung – Was sind die Gründe für die rückläufigen Börsengänge?

iwkoeln.de/boersengaenge

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Lebens- erwartung in Europa

Frauen, die 2015 in Deutschland geboren wurden, dürfen auf ein fast 84 Jahre langes Leben hoffen – Männer auf knapp 79 Jahre, zumindest im statistischen Durchschnitt. Damit liegen die Deutschen in der EU aber nur im Mittelfeld: Die höchste Lebenserwartung haben spanische Frauen. Für jene, die 2015 zur Welt kamen, stehen die Chancen gut, das 22. Jahrhundert persönlich begrüßen zu können. Am schlechtesten sieht es für die lettischen Männer aus – ihre statistische Lebenserwartung beträgt nur gut 69 Jahre.

Viva España!

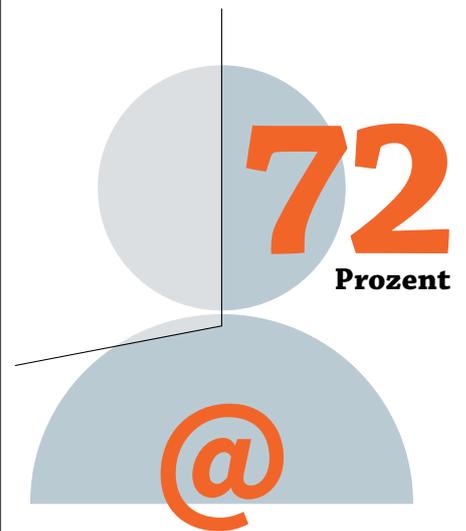
EU-Länder mit der längsten Lebenserwartung von im Jahr 2015 Geborenen in Jahren

Frauen		Männer			
1	Spanien	86,3	1	Italien	81,1
2	Frankreich	86,0	2	Schweden	80,6
2	Italien	86,0	2	Spanien	80,6
4	Luxemburg	85,2	4	Niederlande	80,0
5	Portugal	84,8	5	Malta	79,8
6	Schweden	84,6	5	Vereinigtes Königreich	79,8
7	Griechenland	84,2	7	Irland	79,6
7	Malta	84,2	7	Österreich	79,6
7	Österreich	84,2	9	Frankreich	79,5
10	Finnland	84,1	10	Luxemburg	79,4
10	Slowenien	84,1			
13	Deutschland	83,6	15	Deutschland	78,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Weltbank
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Zahl der Woche



der deutschsprachigen Bevölkerung nutzten im Frühjahr 2017 das Internet täglich, knapp 90 Prozent zumindest ab und zu. Damit hat die Zahl der Onliner weiter zugenommen, 2013 waren erst 57 Prozent der Bundesbürger jeden Tag im Web unterwegs. Nach wie vor gibt es ein starkes Generationengefälle – während für 98 Prozent der 14- bis 19-Jährigen das Internet zum täglichen Leben dazugehört, gilt dies nur für 44 Prozent der über 60-Jährigen.

Neu auf iwd.de: Globalisierung mischt M+E-Märkte auf

Auf den internationalen Märkten der Metall- und Elektro-Industrie haben neue Wettbewerber mächtig Boden gutgemacht. Deutschland hat jedoch nicht zuletzt durch eine starke Exportausrichtung seine Position halten können. Auf welche Weise den deutschen M+E-Unternehmen dabei auch grenzüberschreitende Produktionsnetzwerke zugutekommen, lesen Sie auf iwd.de.

